

Einem folgenden Triumph der Reaktion, die in ihrem Kampf gegen die letzten Reste des Befreiungskampfes ein Uebermaß von Eifer an den Tag legte. Als marantes Symptom dieses Eifers dienen die auch jetzt nicht eingestellten Hinrichtungen und eine wachsende Zunahme der Gefängnisbevölkerung. Die Ueberfüllung der Gefängnisse, in Verbindung mit den sonstigen sanitären Bedingungen der Kastelle, führte zu einem Ausbruch der Typhusepidemien, gegen die die Ärzteschaft aus begrenzten Gründen machtlos war. Die Gefängnisse dienten als Brutstätten der Typhusepidemien auch für die freie Bevölkerung und die Epidemien erreichten in vielen Städten und Gouvernements eine unerhörte Ausdehnung. Die Zahl der Ärzte und der Personen aus dem ärztlichen Personal, die ihrer Pflicht zum Opfer fielen, läßt sich nicht genau feststellen, sie ist aber jedenfalls viel größer, als zur Zeit der Typhus- und Choleraepidemie in den Jahren 1891/92. Auch die Zahl der Selbstmorde ist überall kolossal gestiegen. Von besonderem Interesse ist der Bericht von Dr. Petrovski über die Neurassthenie der Volksmassen in Rußland. Der Berichtsteller kam auf Grund reichhaltiger statistischer Daten und persönlicher Beobachtungen in den kleineren Krankenhäusern zu dem Ergebnis, daß die herrschende Ansicht über die Neurassthenie, laut welcher die letztere ausschließlich für die mittleren und oberen kulturellen Schichten charakteristisch ist, auf einem Vorurteil beruht. Nach seinen Angaben fanden sich unter der Dorfbevölkerung 25 Prozent und unter der kulturell höher stehenden städtischen Bevölkerung bloß 22 Prozent Neurasstheniker. Im Vergleich mit den Daten für die westeuropäischen Großstädte ergibt sich, daß Rußland in dieser Beziehung fast die erste Stelle einnimmt. Die Ursache dieser Erscheinung liegt der Berichtsteller in der Ueberanstrengung der „unvollständigen“ russischen Bevölkerung, in deren ungenügender Nahrung, vor allem aber in der sich vollziehenden wirtschaftlichen Umwälzung (Vernichtung der Dorfgemeinde) und den inneren politischen und gesellschaftlichen Bedingungen.

In direktem Zusammenhang mit diesem Bericht stehen zwei Berichte über das Verhältnis der Selbstmordeepidemie zu den sozialen und politischen Zuständen in Rußland.

Der erste Berichtsteller, Dr. Zederbaum, stellte die Gesamtzahl der Selbstmorde in den letzten vier Jahren auf 40 bis 45 000 fest. Ungefähr ein Drittel dieser Fälle hatte er eingehend untersucht und für mehr als die Hälfte der Fälle konstatiert, daß sie mit den Ereignissen der letzten Jahre und den sozialen Bedingungen in direktem Zusammenhang ständen.

In erster Stelle standen hier Alkoholismus und Arbeitslosigkeit, dann folgten Lebensüberdruß und politische Ursachen, wie Verhaftung, Deportation usw. Etwa 30 Prozent der Selbstmörder gehörten den arbeitsfähigen Lebensaltern an. Nach den Gewerben und der sozialen Lage geordnet, ergab sich folgendes Bild: Arbeitslose 38 Prozent, Arbeiter 23 Prozent, Diensthöfen und niedere Angestellte 14,5 Prozent, Schüler und Studenten 8,2 Prozent, Handelsangestellte 2 Prozent, Ärzte 2,2 Prozent usw. Eine besondere Kategorie der Selbstmörder bilden die Gefangenen, über die Dr. Prokofow berichtete. Der Prozentsatz der Selbstmorde ist hier unergleichlich höher, als außerhalb der Gefängnisse und die Art des Selbstmordes am schwersten und qualvollsten. Das Hauptkontingent der Selbstmörder bilden die politischen Gefangenen, die der Willkür und Grausamkeit der Administration besonders ausgesetzt sind. Amtlich registriert wurden 1907 118 und 1908 103 Selbstmorde in den Gefängnissen.

Diese Angaben, die in ihrer Nacktheit eine fürchterliche Anklage gegen die sozialen und politischen Zustände in Rußland darstellen, können noch ergänzt werden durch die Angaben über die Selbstmorde unter den Prostituierten und dem Militär. Dr. Gordon hat in den letzten fünf Jahren in den größten Städten Rußlands 71 Selbstmorde unter den Prostituierten registriert, von denen 59 infolge der unerträglich moralischen und materiellen Verhältnisse verübt wurden. Die Selbstmorde unter dem Militär werden grell beleuchtet durch folgende amtliche Daten: Von 1890 bis 1904 machten alljährlich 0,136 Prozent der Armee ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende, was im Vergleich mit den Selbstmorden in der übrigen Bevölkerung etwa das Vierfache bedeutet. Der militärische Drill, die Grausamkeit der Vorgesetzten, die Scham- und Rechtslosigkeit trieben den Soldaten noch mehr zum Selbstmord, als die Arbeitslosigkeit, das Elend die übrige Bevölkerung.

Es wäre natürlich grundsätzlich, wollte man alle diese Zustände der politischen Reaktion allein aufs Konto setzen und nach dem Muster liberaler Gelehrter und Politiker in der bürgerlichen Freiheit das Allheilmittel gegen die erschreckende Verelendung der arbeitenden Klassen in Rußland sehen. Nur die Beseitigung der Grundursache dieser Zustände, der kapitalistischen Ausbeutung und ihrer Begleiterscheinungen, des Militarismus und der Prostitution, würde in Rußland, wie in allen kapitalistischen Staaten, der Verelendung der arbeitenden Klassen einen Damm setzen, und nur der Kampf der Arbeiterklasse in Rußland ist imstande, das doppelte Joch zu zerbrechen, das kapitalistische Ausbeutung und politische Reaktion ihr auferlegt.

Der Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands

wird in der Woche vom 22. bis 28. Mai in Dresden seine neunte Generalversammlung abhalten. Der Vorstand des Verbandes der Töpfer gibt in dem Tätigkeitsbericht ein anschauliches Bild über die Jahre 1907 bis 1909. Die wirtschaftliche Krise hat auch dieser Organisation viel zu schaffen gemacht, was sich vor allem in einem Mitgliederabgang während der Jahre 1907/08 bemerkbar machte. Befanden sich am Schlusse des Jahres 1906 als bisheriger Höchststand in 205 Verwaltungsstellen 11 716 Mitglieder, so waren es Ende 1907 in 218 Zahlstellen nur noch 11 349 und am Schlusse 1908 10 305 Mitglieder. Im Jahre 1909 setzte wieder der Aufschwung ein, die Organisation gewann in diesem Jahre 705 neue Mitglieder und dürfte zurzeit der Höchstbestand des Jahres 1906 wieder erreicht sein. Der Rückgang an Mitgliedern in den Krisenjahren ist allerdings nicht absolut auf Mitgliederabfall zurückzuführen, es waren eine Anzahl Töpfer gezwungen, den Beruf zu wechseln und zu anderen Organisationen überzutreten. Die Versuche, eine Einigung mit den lokalistisch organisierten Töpfern herbeizuführen, scheiterten. Auch die Frage der Verschmelzung mit den Verbänden der Porzellan- und Glasarbeiter wurde nur wenig gefördert.

In umfangreicher Weise berichtet der Vorstand über die während des Zeitraumes 1907/1909 stattgefundenen Lohnkämpfe. In dieser Zeit führte der Verband 25 Angriffstreiks, davon hatten 22 vollen Erfolg, zwei hatten teilweisen, einer keinen Erfolg. Abwehrstreiks waren 50 zu verzeichnen. Davon waren 24 erfolgreich, 11 hatten teilweisen und 19 hatten keinen Erfolg. Ausschreibungen hatte die Organisation 10 zu bestehen, 7 endeten mit Erfolg für die Arbeiter, auch die übrigen 3 hatten teilweisen Erfolg. Angriffsbewegungen ohne Streiks führte die Organisation 91, die sämtlich mit Erfolg endeten. Abwehrlohnbewegungen wurden 30 geführt, davon hatten 29 Erfolg. Insgesamt fanden 208 Lohnbewegungen und Kämpfe statt, woran 11 358 Mitglieder beteiligt waren, welche Zahl beweist, daß ein Teil der Mitglieder wiederholt in Kämpfe verwickelt wurde. 170 Bewegungen verliefen erfolgreich, 16 hatten teilweisen und 10 (hierunter 11 lokale Sperren) keinen Erfolg. 1802 Mitglieder erreichten eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 5088 Stunden, 4581 Mitglieder Lohnverbesserungen von 8207 Mark pro Woche, 1854 Mitglieder sonstige Verbesserungen. Verschlechterungen wurden abgewehrt für 3278 Mitglieder, Lohnkürzungen in Höhe von 13 251 Mark wöchentlich und für 2880 Mitglieder sonstige Verschlechterungen. Während der Berichtsperiode wurden 152 Lohnstarke abgeschlossen, 290 Arbeitsverträge bestehen. Der Vermögensbestand betrug am Schlusse der Berichtsperiode 168 301,31 Mark. — So hat also der Töpferverband im ganzen genommen die wirtschaftliche Krise und alle die in solchen Zeiten für die Gewerkschaftsbewegungen üblichen Begleiterscheinungen in zufriedenstellender Weise zu überwinden verstanden. Jetzt liegt vor ihm der erneute wirtschaftliche Aufschwung, der allerdings durch den zurzeit tobenden großen Kampf im Baugewerbe etwas getrübt wird. Jedoch wird nach Ueberwindung dieses Hindernisses der wirtschaftliche Aufschwung um so kräftiger eintreten, und dann ist die Bahn frei auch für den Töpferverband zu weiteren guten Erfolgen.

Dem Verbandstage liegen zahlreiche Anträge vor, darunter mehrere auf Erhöhung der Beiträge, ein Vorstandsantrag auf Ausbau des Gauystems und Aufstellung neuer Gauleiter.

Die Aussperrung im Baugewerbe.

In der Frankfurter Zeitung läßt der Vorstand des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe ein mächtiges Inserat los, in dem er für seinen Teil den hoffnungslosen Versuch unternimmt, „dem Substratum die „brutalen und rigorosen“ Anträge des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in dem Lichte zu zeigen, in dem sie zu betrachten sind“. Was da erzählt wird, ist nichts Neues; es sind die alten aufgewärmten Behauptungen, daß die Unternehmer die Unschuldslämmer sind, und die Arbeiter die bösen Wölfe, die sie fressen wollen. Es wird da geschwafelt von der „Willkür der unteren Arbeiterorganisationsbeamten“, daß eine lange Tarifdauer notwendig sei, „soll nicht der ganze Nationalwohlstand und insbesondere der Arbeiter selbst Not leiden“, daß den Herren gar nicht einfallt, die Organisationen der Arbeiter zu vernichten und ähnliches mehr. Auf Einzelheiten einzugehen, lohnt sich nicht, da es sich nur um oft Widerlegtes handelt. Es wird den Herren auch nicht gelingen, mit ihren Behauptungen die Deffenlichkeit von der Lauterkeit ihres Vorgehens gegen die Arbeiter und ihre Organisationen zu überzeugen.

Konnten wir gestern an einem Artikel der Deutschen Tageszeitung zeigen, wie sich die Agrarier auf Seite der aussperrenden Unternehmer stellen, so läßt heute eine parteiöffentliche konservative Stimme auch die konservative Partei sich für die Scharfmacher im Baugewerbe erklären.

Die Sozialdemokratie habe den Kampf im Baugewerbe zur Parteiache, zu einer Aktion des Klassenkampfes gemacht, heißt es da. Demgegenüber werde sich das Bürgertum ebenfalls nicht befinden dürfen, in dem Streit an die Seite der Unternehmer zu treten. „Wir haben hier nicht zu untersuchen, ob alle Forderungen, die die Arbeitgeberverbände im Baugewerbe in ihrem Ultimatum an die Arbeiterorganisationen gestellt haben, berechtigt sind. Wir haben nur zu konstatieren, daß die Gewerkschaften sämtliche Forderungen rundweg abgelehnt und die Machtprobe proklamiert haben.“ Das ist allerdings ein sehr einfaches Rezept, um die Prüfung unangenehmer Tatsachen herumzukommen. Die Bauunternehmer mögen im größten Unrecht sein, das ist den Konservativen Wurst. Daß sich die Arbeiter überhaupt wehren, ist in ihren Augen schon ein Verbrechen, und darum: Nieder mit ihnen! —

„Wie die Dinge im Baugewerbe heute liegen, kann man den Kampf nur austoben lassen. Kein Eingriff von außen würde jetzt Erfolg haben, sondern weit eher eine Verschärfung der Lage herbeiführen. So dringend man auch wünschen muß, daß in dem durch die Schuld der Gewerkschaften stets beunruhigten Baugewerbe endlich friedliche Zeiten eintreten möchten, so wenig kann man daran ändern, daß der schwere Kampf bis zu einer wirklichen Entscheidung ausgefochten werden muß.“ Die Brotwuchergarde wagt hier zu behaupten, daß die „Beunruhigung“ des Baugewerbes Schuld der Gewerkschaften sei. Das ist echte Lunkerscheit. Gerade die Konservativen sollten hier kein still sein und sich sagen, daß sie gerade ein gerüttelt Maß von Schuld an der „Beunruhigung“ des Gewerbes überhaupt durch ihre schamlose Brotwucherpolitik tragen. So aber stacheln sie noch die Scharfmacher an, den Kampf „austoben“ zu lassen.

Das heißt natürlich: die Arbeiter müssen niedergeknuppelt werden, und in dieses Tun hat sich die Regierung nicht einzumischen. Denn die Agrarier wissen ja auch, daß, wenn die Bauarbeiter jetzt niedergeknuppelt werden könnten, für sie die „Gefahr“ der Landarbeiterorganisation etwas hinausgehoben ist, daß sie ihre Landklauen dann noch länger Zeit unbehindert ausplündern können. Und deshalb die Hehe. Aber auch die Herren Agrarier werden erleben müssen, daß ihnen die Felle ihrer Hoffnung davonschwimmen.

Die Unternehmer wollen keine Verhandlungen.

In Augsburg ist ein Versuch des Oberbürgermeisters, eine Einigung zwischen Arbeitern und Unternehmern herbeizuführen, an der ablehnenden Haltung der Unternehmer gescheitert. Der Magistrat will sich nun an die Regierung wenden mit dem Hinweise auf die Notwendigkeit der Anbahnung eines staatlichen Vergleichsverfahrens, da alle Schritte des Magistrats bei den Unternehmern vergeblich gewesen seien und weite Kreise der Bevölkerung seit Wochen unter der Aussperrung zu leiden haben.

Die Leipziger Fuhrunternehmer als Stützen der Bau-scharfmacher.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes des Leipziger Fuhr- und Verkehrsgewerbes hält heute abend 8 Uhr im Verbandslokal, Brandenburger Straße 10, eine außerordentliche Hauptversammlung ab mit der Tagesordnung: Beschlußfassung über den Antrag des Vorstandes, aus dem Verbandsvermögen einen Beitrag von 1000 Mark zur Unterstützung der Unternehmer des Baugewerbes zu bewilligen.

Erst werden die kleinen Fuhrunternehmer von den aussperrenden Bauunternehmern geschädigt und dann sollen sie ihnen noch mit Geld beifpringen. . . .

Gewerkschaftsbewegung.

Die Leipziger Polizei im Kampf gegen Streikposten.

Die Leipziger Polizei lechzt anscheinend nach Vorbeeren, die ihr das Unternehmertum winden soll. Hat sie schon bei dem Streik der Fensterputzer versucht, durch Wegweisen der Streikposten dem Unternehmertum sich gefällig zu erzeigen, so glaubt sie jetzt beim Streik der Sattler und Portefeutler eine neue Gelegenheit zu haben, ihre Unentbehrlichkeit im Kampfe für die heilige Ordnung zu beweisen. Sie hat am Mittwoch in der K o n r a d t r a h e Streikposten der Sattler wegweisen, obwohl diese nicht im mindesten gegen die Straßenpolizeiverordnung verstößen hatten. Ja, sie ist sogar soweit

holten Osterman und Gethings, die sich auch erhoben hatten.

„Ruhe, Ruhe, meine Herren,“ rief Magnus, der sich jetzt der Pflichten seines Amtes erinnerte, und klopfte mit den Knöcheln auf die Tischplatte. „Die Versammlung hat sich bereits zu weit gehen lassen.“

„Sie haben uns gewählt,“ erklärte Lyman hartnäckig, „damit wir die Getreidefrachten um zehn Prozent im Durchschnitt herabsetzten. Das haben wir getan. Nur weil Sie nicht sofort Ihren Vorteil davon haben, machen Sie Einwendungen. Wir scheitern, es macht einen Unterschied, wessen Ochs geschlachtet wird.“

„Lyman!“
Magnus hatte gerufen. Volle sechs Fuß hoch stand er aufrecht da. Seine Augen schossen Blitze in die des Sohnes. Streng und fremd klang seine Stimme.

„Lyman, was bedeutet das?“
Der breitete die Hände aus.

„Wir haben unser Bestes getan. Ich warnte von vornherein davor, zu viel zu erwarten. Ich sagte gleich, daß die Transportfrage sehr schwierig ist. Man kann nicht verlangen, die Frachten derartig herabzusetzen, daß die dadurch hervorgerufene Wirkung einer Entziehung des Bestes der Bahngesellschaft gleichkommt.“

„Warum habt ihr die Fracht im San Joaquin-Tal nicht herabgesetzt?“

„Darum handelte es sich in erster Linie nicht,“ antwortete Lyman mit genauer Betonung der einzelnen Worte. „Natürlich weiß ich, daß mit der Zeit dieser Angelegenheit nähergetreten werden sollte. Die Hauptsache war eine Reduktion von durchschnittlich zehn Prozent. Die Frachten werden auch im San Joaquin-Tal herabgesetzt werden. Die Ranchbesitzer werden dann in der Lage sein, ihren Weizen für einen den Verhältnissen Rechnung tragenden Frachtpreis nach Port Costa zu senden; eine so radikale Maßregel kann aber nicht im Handumdrehen durchgeführt werden. Die einschlägigen Verhältnisse zu studieren.“

„Warum?“

field und Oakland zum Beispiel ist um fünfundzwanzig Cent pro Tonne herabgesetzt worden.“

„Ja — aber — aber —“ sagte der alte Broderick, „es ist ziemlich ungewöhnlich, nicht wahr, daß in der Gegend Weizen nach Oakland geschickt wird?“

„Oho, sehen Sie mal her!“ rief Annixter von seiner Liste aufblickend, „wo ist denn ein Frachtabschrieb im San Joaquin — von Bonneville und Guadalupe aus zum Beispiel? Ich kann nicht sehen, daß Sie da überhaupt eine Reduktion gemacht haben! Stimmt das? Haben Sie mir die richtige Liste gegeben?“

„Alle Orte im Staat konnten natürlich nicht auf einmal miteinbezogen werden,“ entgegnete Lyman. „Sie müssen wissen, wir erwarteten gar nicht, daß wir die Frachten im San Joaquin gleich auf den ersten Anblick herabsetzen können. Aber, wie Sie sehen, wir haben ganz bedeutende Reduktionen für Verladungen aus dem oberen Sacramento-Tal gemacht; auch ist der Frachtsatz von Jone nach Marysville um achtzig Cent die Tonne heruntergedrückt worden.“

„Ach was, Blech,“ rief Annixter, „kein Mensch ver-schickt von dort Weizen.“

„Die Salinas-Rate,“ fuhr Lyman fort, „ist um fünf- undsechzig Cent erniedrigt worden, die von Helena um fünfzig Cent und, bitte, wollen Sie den sehr bedeutenden Abschrieb von Red Bluff im Norden an der Oregon-Bahn bis zur Oregon-Staatslinie bemerken.“

„Wo das ganze Jahr nicht eine Waggonsladung Weizen verandt wird,“ warf Gethings von San Pablo ein.

„Ob Sie sich da vielleicht nicht irren, Herr Gethings?“ entgegnete Lyman in verbindlichem Tone. „Und dann dürfte ein niedriger Frachtsatz wohl auch dem Anbau von Weizen in dieser Gegend förderlich sein.“

Die Sitzung wurde nicht mehr ordnungsmäßig weitergeführt, und die Beobachtung der parlamentarischen Regeln hörte auf. Magnus gab sich nicht einmal den Anchein, als ob er den Vorsitz führte. In der wachsen-

den Aufregung über die unerklärliche Liste dachte niemand mehr an die Geschäftsordnung, und jeder sprach nach Belieben.

„Aber Lyman,“ fragte Magnus, über den Tisch weg seinen Sohn anblickend, „ist denn das die richtige Liste? Die Frachten im San Joaquin sind ja gar nicht herabgesetzt worden. Wir — die Herren hier und ich — wir sind um nichts besser dran wie damals, als wir keine Wahl zum Kommissar durchsetzten.“

„Wir hatten uns verpflichtet, einen durchschnittlichen Abschrieb von zehn Prozent zu machen.“

„Es ist ein durchschnittlicher Abschrieb von zehn Prozent,“ brach jetzt Osterman los. „O ja, das sehen wir! Mit dem durchschnittlichen Abschrieb von zehn Prozent hat es seine volle Richtigkeit; Sie haben ihn aber dadurch zugegeben, daß Sie Getreidefrachten zwischen Punkten herabgesetzt haben, die tatsächlich kein Getreide versenden. Wir, die Weizenproduzenten im San Joaquin-Tal, wo all der Weizen gebaut wird, sind genau so weit wie zuvor. Die Eisenbahn verliert nicht einen Pfennig. Wahrhaftig,“ schloß er, um den Tisch blickend, „ich möchte wohl wissen, was das zu bedeuten hat.“

„Da Sie von der Eisenbahn sprechen,“ entgegnete Lyman, „so kann ich Ihnen mitteilen, daß sie bereits Protest gegen die neuen Frachtsätze eingelegt hat.“

Annixter hatte einen Ausruf des Spotts für diese Erklärung.

„Einen Protest! Das ist wirklich gut. Wenn die P. und S. W. was gegen Frachtsätze einzulegen hat, dann protestiert sie nicht, mein Sohn. Das erste, was Schelgrim von sich hören läßt, ist ein gerichtliches Verbot, wodurch das Inkrafttreten des neuen Tarifs verhindert wird. Bei Gott,“ rief er zornig und sprang von seinem Sitz auf, „ich möchte auch wissen, was das bedeutet. Warum haben Sie unsere Getreidefrachten nicht heruntergesetzt? Wozu haben wir Sie gewählt?“

„Sowohl, wozu haben wir Sie gewählt?“ wieder-

„Sowohl, wozu haben wir Sie gewählt?“ wieder-